



Verband Forschender
Arzneimittelhersteller e.V.

Pressekonferenz

„Wie reformbereit ist Deutschland? – Der VFA-Reform-Monitor“

10. Mai 2006
Berlin

Statement von:

Cornelia Yzer
Hauptgeschäftsführerin des VFA

Es gilt das gesprochene Wort!

Hausvogteiplatz 13
10117 Berlin
Telefon 030 20604-0
Telefax 030 20604-222
www.vfa.de

Hauptgeschäftsführerin
Cornelia Yzer

Die Deutschen sind reformwilliger als ihr Ruf. Jedenfalls sprechen sich 82 Prozent der Bevölkerung für grundlegende Reformen aus. Dabei wird dem oft beschworenen Gegensatz zwischen Reformen und Bewahrung der sozialen Sicherheit eine klare Absage erteilt. Denn ebenfalls 82 Prozent bewerten die sozialen Sicherungssysteme als sehr wichtig für den sozialen Frieden in Deutschland. Auch wir als Wirtschaftsverband sehen diesen sozialen Frieden als hohes Gut und wichtigen Standortfaktor.

Bei den überfälligen Reformen muss es daher darum gehen, den richtigen Solidargedanken wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen, um die Funktionsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme und damit den sozialen Frieden dauerhaft zu erhalten.

Seite 2/4

Die Politik muss das Vertrauen zurückerobern

Die Politik steht vor einer Bewährungsprobe. Denn so hoch die Reformbereitschaft ist, so gering ist das Vertrauen in die Große Koalition, bis zum Ende der Legislaturperiode zukunftsfähige Lösungen in den für die Menschen zentralen Reformbereichen herbeizuführen. Nur 37 Prozent der Befragten trauen der Regierung zu, in der Familien- und Bildungspolitik etwas zu erreichen – und diese 37 Prozent stellen schon den Spitzenwert dar. Weniger als ein Drittel glaubt, dass am Ende der Amtszeit der Großen Koalition das Gesundheitswesen fit gemacht wurde für die Zukunft und gerade einmal 19 Prozent erwarten, dass die richtigen Weichen am Arbeitsmarkt gestellt werden.

Gute Gesundheitspolitik ist auch gute Wirtschaftspolitik

Der VFA-Reform-Monitor hat gezeigt, dass mehr als drei Viertel der Befragten Reformen am Arbeitsmarkt als sehr wichtig ansehen. Hier ist es nach Meinung der forschenden Arzneimittelhersteller notwendig, den Zusammenhang zwischen Arbeitsmarkt und Sozialreformen deutlich zu machen und die Politik entsprechend auszurichten. Wir sind davon überzeugt: Eine kluge Gesundheitspolitik ist auch eine kluge Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik!

Denn der Gesundheitsmarkt ist ein Wachstumsmarkt – und zwar weltweit. Experten beziffern ihn schon heute mit rund 5 Billionen US-Dollar. Sie schätzen, dass er sich in den nächsten 20 Jahren verdoppeln wird.

Es muss im Interesse der Politik liegen, dass Deutschland an diesem Wachstumsmarkt partizipiert. Das ist möglich. Aber nur dann, wenn die richtigen Rahmenbedingungen herrschen.

Forschungs-, Wirtschafts- und Gesundheitspolitik müssen deshalb sinnvoll miteinander verzahnt werden. Das ist in Deutschland noch nicht der Fall.

Dabei haben auch die Koalitionäre erkannt, dass in einem rohstoffarmen Land die Zukunft in der Forschung zu suchen ist. Für die forschenden Pharmaunternehmen stimmt diese These:

Die Pharmaindustrie hat das Potenzial, in den nächsten 10 bis 15 Jahren mehr als 20.000 neuer Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen, darunter einen großen Teil für Akademiker und Mitarbeiter mit gehobenen Ausbildungsberufen.

Seite 3/4

Doch eine Branche, die täglich 11 Millionen Euro am Standort Deutschland in die Erforschung und Entwicklung vom Patienten dringend benötigter Arzneimittelinnovationen investiert, muss auch die Chance haben, für diese mit hohem unternehmerischen Risiko und großem Zeitaufwand erforschten und entwickelten Produkte faire Marktbedingungen zu haben.

„Fair“ bedeutet für uns wettbewerblich. Und da treffen sich unsere Wünsche wieder mit denen der Bevölkerung.

Denn die Menschen plädieren nicht nur für eine Reform des Gesundheitswesens, sondern eine große Mehrheit hat auch konkrete Vorstellungen, wie sie aussehen sollte. Mehr Wahlfreiheit und mehr Eigenverantwortung sowie der Ausbau des Wettbewerbs gehören zu den Eckpunkten, die deutliche Mehrheiten finden.

Vier unerlässliche Schritte für eine zukunftsfähige Gesundheitsreform

Als forschende Arzneimittelhersteller sehen wir, dass eine große Reform wohl nicht möglich ist: Es gibt weder die politischen noch – wie unsere Umfrage zeigt – die gesellschaftlichen Mehrheiten dazu. Umso wichtiger ist es, jetzt die Reform der kleinen, richtigen Schritte einzuleiten:

Dazu gehört die Entkoppelung der Gesundheitskosten von den Arbeitskosten, damit der Faktor Arbeit billiger wird. Konsequenterweise sollte der dann festgeschriebene Arbeitgeberanteil an den Versicherten ausgezahlt werden, damit dieser finanzielle Manövriermasse bekommt. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass die Bürger ihren Wunsch nach mehr Wahlmöglichkeiten auch realisieren können.

83 Prozent wünschen sich mehr Wahlfreiheit – ein schlagendes Argument für eine Auflockerung des GKV-Leistungskatalogs und differenzierte Leistungsangebote, das wir nachhaltig unterstützen. Und das Argument, die Versicherten könnten mit der Wahl ihres Versicherungsschutzes überfordert werden, wird dadurch entkräftet, dass 81 Prozent der Befragten sich für eine Stärkung der Eigenverantwortung der Versicherten aussprechen.

Zu den weiteren Kernelementen gehört aus unserer Sicht die Pluralität der Absicherung im Krankheitsfall.

Wir brauchen einen Wettbewerb zwischen Versicherern – zwischen den Kassen sowie zwischen GKV und PKV. Das sehen die Bürger in unserem Land genauso: Denn mit 53 Prozent sind mehr als die Hälfte für den Bestand beider Versicherungen. Das ist sehr bemerkenswert angesichts dessen, dass an die 90 Prozent der Bürger gesetzlich versichert sind.

Seite 4/4

Und schließlich gehört es zu den unerlässlichen Schritten, dafür zu sorgen, dass versicherungsfremde Leistungen aus Steuermitteln finanziert werden.

Denn die GKV muss endlich von der Finanzierung versicherungsfremder Leistungen konsequent befreit werden, um ihrer ureigensten Aufgabe gerecht werden zu können. Was nichts mit den eigentlichen Aufgaben einer Krankenversicherung zu tun hat, muss von der Allgemeinheit finanziert werden - also über das Steuersystem.

Dieses Maßnahmenbündel ist die Initialzündung dazu, das deutsche Gesundheitssystem zukunftsfähig zu machen. Es würde zudem den Wünschen der Bevölkerung nach mehr Wahlfreiheit und Eigenverantwortung nahe kommen. Und es würde helfen, die Potentiale des Wachstumsmarktes Gesundheit zu erschließen.